

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1913

24.7.1913 (No. 199)



Karlsruher Zeitung

Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden

No 199

Donnerstag, den 24. Juli 1913

156. Jahrgang

Expedition:
Karl Friedrich-Straße Nr. 14 (Fernsprech-
anstellung Nr. 951, 952, 953, 954), wofür auch
Anzeigen in Empfang genommen werden.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 3 M 50 P,
durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingerechnet, 3 M 67 P.
Einrückungsgebühr: die 6 mal gespaltene Petitzeile oder deren Raum 25 P. Briefe und Gelder frei.

Unverlangte Drucksachen und Manuskripte
werden nicht zurückgegeben und es wird keine
Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung
übernommen.

**Abonnements auf die „Karlsruher Zeitung,
Staatsanzeiger für das Großherzogtum Baden“,
für die Monate**

August und September

nimmt jede Postanstalt entgegen.

Die Expedition der „Karlsruher Zeitung“.

Staatsanzeiger.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich unter dem 1. Juli 1913 gnädigst bewogen gefunden, dem Hofkapellmeister Leopold Reichwein in Karlsruhe das Ritterkreuz zweiter Klasse mit Eichenlaub Höchstihres Ordens vom Jähringer Löwen zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Telegraphensekretär Johann Throm in Karlsruhe die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen Kronen-Ordens IV. Klasse zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben sich gnädigst bewogen gefunden, dem Oberpostschaffner Richard Schaut in Pfullendorf die untertänigst nachgesuchte Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen des ihm verliehenen königlich preussischen Allgemeinen Ehrenzeichens in Silber zu erteilen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 5. Juli 1913 gnädigst geruht, dem Professor Friedrich Ostendorf an der Technischen Hochschule hier den Titel Oberbaurat zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 12. Juli 1913 gnädigst geruht, dem ordentlichen Professor der Nationalökonomie und Finanzwissenschaft Dr. Karl Diehl an der Universität Freiburg den Titel Geheimer Hofrat zu verleihen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 12. Juli 1913 gnädigst geruht, den außerordentlichen Professor Dr. Ernst Hermann Niesensfeld an der Universität Freiburg zum eatmäßigen außerordentlichen Professor für anorganische Chemie und Technologie an der genannten Universität zu ernennen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unter dem 12. Juli 1913 gnädigst geruht, dem Postsekretär Friedrich Licht in Konstanz mit Wirkung vom 1. Januar 1913 ab unter Ernennung zum Oberpostsekretär eine Bureaubeamtenstelle I. Klasse bei der Kaiserlichen Ober-Postdirektion Konstanz zu übertragen.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben unterm 5. Juli 1913 gnädigst geruht, die nachgenannten Beamten landesherrlich anzustellen, und zwar: den Revisor Jakob Waschang bei der Forst- und Domäneninspektion unter Ernennung zum Oberrevisor, die Kassiere: Joseph Scholl in Wertheim, Joseph Indlekofer in Offenburg und Georg Berg in Bretten;

die Steuerkommissäre: Heinrich Scherer in Adern, Rudolf Kränkel in Eberbach, Emil God in Waldshut, Philipp Würk in Waldkirch, Johann Lenz in Kenzingen, Julius Becker in Stodach, August Wolf in Schönau, Oskar Auer in Säckingen, Gerhard Bruttel in Eppingen, Hermann Ehinger in Neustadt;

die Finanzsekretäre Karl Deichler in Baden und Albert Henninger in Karlsruhe unter Ernennung zu Oberfinanzsekretären;

den Steuerkontrollleur Otto Güß in Hornberg unter Ernennung zum Obersteuerkontrollleur und den Grenzkontrollleur Julius Straß in Randegg unter Ernennung zum Obergrenzkontrollleur.

Pfarrer Friedrich Schulk in Heidelberg ist von der Diözesanynode Heidelberg auf 6 Jahre zum Dekan der evang. Diözese gewählt und gemäß § 52 der Kirchenverfassung kirchenobergeistlich bestätigt worden.

Karlsruhe, den 17. Juli 1913.

Ministerium des Kultus und Unterrichts.

Böhm. Humpert.

Nicht=Ämtlicher Teil.

Karlsruhe, 23. Juli.

Der neue Balkankrieg.

Konstantinopel, 22. Juli. Die türkische Armee setzt ihren Vormarsch gegen Adrianopel fort. Der gestern gemeldete Kampf fand bei Kumiad zwischen Zuele Burgas und Nuradly statt. Einem Blatte zufolge wurden 9 bulgarische Offiziere und 600 Mann bei Kabakdjie zu Gefangenen gemacht. Zwei Kompanien, welche Tcherkeskoje verteidigten, wurden gefangen genommen.

Sofia, 22. Juli. Bis Mitternacht war die telegraphische Verbindung mit Adrianopel intakt. Die letzten Nachrichten besagen, daß der türkische Kommandant der vor Adrianopel stehenden Truppen die Bulgaren aufgefordert habe, die Stadt zu übergeben. Heute vormittag wurde die bulgarische Regierung verständigt, daß die Besetzung Adrianopel ohne Widerstand geräumt hat.

Konstantinopel, 22. Juli. Amtlich wird gemeldet, daß Adrianopel und Kirklisse von den Türken unter Endur Bey besetzt worden sind. Die Besetzung der beiden Plätze erfolgte sehr schnell. Die Bulgaren leisteten so gut wie keinen Widerstand.

Sofia, 22. Juli. In einer vom Minister des Auswärtigen Genabieff abgegebenen Regierungserklärung heißt es u. a.: Die Mission, welche die Regierung übernommen hat und an deren Durchführung sie sofort nach ihrer Bildung geschritten ist, bestand darin, das Königreich durch einen ehrenvollen Frieden aus der gegenwärtigen Krise zu befreien. Die Schritte, welche wir bei der rumänischen Regierung zur Wiederherstellung freundschaftlicher Beziehungen zu Bulgarest unternahmen, bildeten die erste Bedingung unseres Entschlusses, mit den dringendsten Mitteln auf die Durchführung unseres Programms hinzuwirken. Die Antworten, die wir von Rumänien erhielten, überzeugten uns, daß unsere Initiative bei ihr denselben Wunsch begegnete, sobald als möglich der abnormen Lage zwischen den beiden Völkern, zwischen denen nach ihrer gemeinsamen Vergangenheit und ihren gemeinsamen Interessen die größte Harmonie bestehen sollte, ein Ende zu machen. Wir sind nach wie vor überzeugt, daß diese natürliche Harmonie trotz der letzten Mißverständnisse ihren Ausdruck in einer festbegründeten politischen Freundschaft finden könne. Um zu diesem freundschaftlichen Verhältnis zu gelangen, brachte Bulgarien alle möglichen Opfer. Dieser Beweis unseres guten Willens wurde von der rumänischen Regierung und den Großmächten gewürdigt und es ist unsere Überzeugung, daß er ein genügendes Unterpfand unseres festen Entschlusses sein wird, mit unseren Nachbarn intime und herzliche Beziehungen zu unterhalten. Ich möchte demgemäß erklären, daß unser Einvernehmen mit Rumänien auf gutem Wege ist. Die Ergebnisse sind nicht vollständig, versprechen jedoch ein Fortschreiten für die nahe Zukunft. Nachdem die Regierung mit Rumänien Verhandlungen eingeleitet hat, tritt sie mit Serbien und Griechenland in Verhandlungen. Auf Einladung der russischen Regierung entsandten wir zwei Delegationen, welche die Friedensverhandlungen beginnen sollten. Wir entsprechen damit nicht bloß den wohlwollenden Ratschlägen Europas, sondern führen gleichzeitig einen in der ersten Stunde gefassten Entschluß der Regierung aus. Wir glauben, der Entschluß entspricht den Wünschen der Bulgaren und den höchsten Interessen Bulgariens. Wir können über die bevorstehenden Verhandlungen erklären, die Regierung wünscht fest und aufrichtig einen ehrenvollen Frieden abzuschließen. Wo die Verhandlungen stattfinden, ist noch nicht festgestellt. Wir sind von dem Wunsche des Kabinetts in Bulgarest verständigt, durch einen Gehandten an den Verhandlungen über den allgemeinen Frieden auf dem Balkan teilzunehmen, worüber wir unsere vollkommene Befriedigung ausdrücken, da wir Grund haben zu glauben, daß Rumänien, erfüllt von dem Bewußtsein und der Notwendigkeit, eine dauernde Lage auf der Balkanhalbinsel herzustellen, im Geiste der Versöhnung und Unparteilichkeit vorgehen wird. Während sich einerseits Aussichten für den von der ganzen Welt so heiß ersehnten Frieden eröffnen, muß ich andererseits behauernd feststellen, daß die Serben und Griechen ihre Angriffe gegen uns erneuern.

Bukarest, 23. Juli. Die rumänische Regierung hat an den bulgarischen Minister des Außern eine Antwort auf die bulgarische Note gerichtet, die vier Punkte umfaßt. Erstens setzt sie genau die strategische Grenze Turtulai-Dobritsch-Baltschik fest. Der 2. Punkt erinnerte an alle, bereits in London im Prinzip beschlossenen Bedingungen, um den Kusowallachen Sprache, Kultur und nationalen Unterricht zu gewährleisten. Im 3. Punkt erklärt sich die rumänische Regierung damit einverstanden, über einen Waffenstillstand zu verhandeln. Der 4. Punkt besagt, daß die Friedensverhandlungen auf rumänischen Boden stattfinden müssen.

Belgrad, 22. Juli. (Serbischs Pressbureau.) Die Entsendung der bulgarischen Unterhändler nach Pirot und Nisch und die wiederholten Versuche, in Friedensverhandlungen einzutreten, haben den Lauf der Operationen nicht unterbrochen. Gestern und heute kam es

auf fast allen Fronten zu Kämpfen. Gestern abend eröffneten die Bulgaren die Artilleriefire gegen unsere rechten Flügel und versuchten die Stellungen wieder zu erobern, die sie bei einem nächtlichen Angriff verloren hatten. Unsere Infanterie und Artillerie erwiderten das Feuer und der Feind wurde zurückgeschlagen. Die Kämpfe bei Egri-Balanca waren weniger bedeutend, aber sie dehnten sich über die ganze Linie von Patriz bis zum Djogovo-Gebirge aus. Die bulgarischen Truppen wurden in diesen Kämpfen zurückgeschlagen, während die serbischen 2 Dörfer einnahmen. Eine unserer Kolonnen kam von Knjezewatz gestern bis auf 6 Kilometer in die Nähe von Belogradschik. Ein anderer Truppenteil rückte von Zaitshar gegen Belogradschik vor. Heute früh besetzten unsere Truppen diesen Ort.

London, 22. Juli. (Unterhaus.) Noel Buxton (liberal) regte an, daß vor der endgültigen Regelung der serbischen, der griechischen und der bulgarischen Grenze die Wünsche der Bevölkerung durch ein Plebiszit unter europäischer Leitung festgestellt würden. Staatssekretär Grey antwortete: Ich fürchte, daß die politischen Verhältnisse jener Gegenden nicht so sind, daß ein Plebiszit tunlich wäre.

Zur innerpolitischen Lage in China.

E.B. über den Balkanwirren sollte die Gegenrevolution in Südjina, die auch deutsche Interessen berührt, nicht außer acht gelassen werden. Die innerpolitische Lage in China ist wieder sehr verwickelt. Kämpfe zwischen nord- und südjinesischen Truppen zeigen, wie weit die Unabhängigkeitsbestrebungen der Südjprovinzen vorgeschritten sind. Die Aufrichtung eines Bundes der Südstaaten, der unabhängig von dem Norden sein will, scheint bevorzustehen. Das südliche China ist ja immer der Boden furchtbarer Aufstände gewesen. Die Bevölkerung ist sehr erregbarer Natur. Chinas übermäßige Ausdehnung und fremdartige Zusammensetzung war von jeher sein Unglück. China ist, wie einmal ein hochgestellter Chinese sich äußerte, „gar kein Staat, sondern nur ein geographischer Begriff, denn es besitzt keine auf Zusammenfassung der Kräfte gerichtete Organisation“. Dies scheint noch heute das Richtige zu treffen. Um den dort vor sich gehenden Wandel der Dinge verstehen und seine Tragweite beurteilen zu können, muß man das genannte Moment in Rechnung stellen. In den ungefähren Umfang wie heute besteht das chinesische Reich seit 1000 vor Chr. Das alte Reich, dessen sagenhafte Geschichte bis 3000 vor Chr. zurückreicht, beschränkte sich auf das untere Stromgebiet des Hoangho und Yang tse Kiang. Was heute alles Chinesen genannt wird, sind ganz verschiedene Völker, wie dem entsprechend auch die mongolische und manschurische Sprache gar nicht mit der chinesischen, einer Ursprache, verwandt sind. Die Südjinesen vergegenwärtigen das chinesische Urvolk und sind noch heute unruhiger und tatkräftiger als die Mittel- und Nordchinesen.

Alles das muß auch bei Betrachtung der chinesischen Revolution gewürdigt werden. Wie schon die doch räumlich beschränkten europäischen Revolutionen die einheitliche Leitung vermissen ließen, so kann die Revolutionierung eines Reiches von der riesigen Ausdehnung Chinas mit seinen 300 bis 400 Millionen Bewohnern erst recht nicht einheitlich durchgeführt werden. Um so schwieriger muß es der revolutionären Regierung, die jetzt in Peking schaltet und waltet, werden, zur Meinherrschaft zu gelangen. Jedenfalls könnte ihr dies erst nach jahrelangem blutigen Bürgerkrieg gelingen. Wahrscheinlicher ist aber, daß auch diese Revolution, wie jede frühere, nur eine Episode ohne nachhaltige Wirkung bleibt. Der chinesische Staatsmann wird wohl recht behalten, der voraussagte, „daß selbst im Falle des Sieges der Revolution keine Umwälzung der staatlichen Einrichtungen, keine Abschaffung der Regierungsprinzipien erfolgen würde, die seit dreitausend Jahren bestehen, und mit denen das chinesische Volk verwachsen ist“. Das im südlichen China wurzelnde Alt-Chinesentum war es, das die Vernichtung der Mandschu, d. h. der gesamten herrschenden volksfremden Klasse, die durch den Sturz der letzten altchinesischen Dynastie, der Ming, emporgelommen war, auf seine Fahnen geschrieben hatte. Das Alt-Chinesentum will wieder herrschen, daher auch die in Südjina ausbrechende Gegenrevolution. Der Gedanke der Republik ist nur künstlich der antidynastischen Bewegung aufgepropft worden von radikalen Schwärmern

wie Dr. Sunjaten, von ungestümen Reformern, die in Amerika und Europa abendländische Ideen eingefogen haben. Dem chinesischen Volk liegen diese Ideen himmel fern. Es verabscheut ja geradezu die Kultur („Barbarei“) der „fremden Teufel“ und hat überhaupt für politische Ziele wie ein parlamentarisches Staatswesen kein Verständnis. Für eine Republik wäre die ungeheure Mehrheit nur dann, wenn diese, was doch nirgend der Fall, eine Verwaltung ohne Korruption verbürgte. Denn Wandel in der Verwaltung des Landes wäre die größte Wohltat für das Volk und die grundlegende Bedingung für ein Wiederaufblühen des Reiches.

Unter allem, was dem schnellen Umsichgreifen und dem Siege der Revolution Vorstoß geleistet hat, ist der so lange unterdrückte Ingrimm über die so unsäglich viel Elend verschuldende Mißwirtschaft des Mandarinentums (Beamten) tums an erster Stelle zu nennen. Sie ist der Krebsgeschaden, der das Staatswesen zugrunde richtet. Selbst die dazu willigsten Herrscher vermochten sie nicht wesentlich einzuschränken, und unter der Republik gedenkt sie erst recht. Das im großen und ganzen verderbte Mandarinentum arbeitet mit wenigen Ausnahmen in die eigene Tasche und vernachlässigt darüber selbst die wichtigsten kulturellen Aufgaben. Die Steuern gelangen nur zum geringsten Teil in die Staatskassen. Auf dem Wege von einer Hand in die andere bleibt gar zu viel kleben, denn die verhältnismäßig schlecht gestellten Mandarine glauben auf Unterschlagung angewiesen zu sein. Ihre Gehälter reichen nicht entfernt aus, zumal durch Trinkgelder das Wohlwollen der Vorgesetzten und der Untergebenen erkaufte werden muß, und der Staat zahlt ihnen später auch keinerlei Ruhegehalt. Darum nutzen sie die Zeit, wo sie im Amt sind, nach Möglichkeit aus. Für die öffentlichen Bedürfnisse wird nicht einmal das Nötigste getan; für außerordentliche Ausgaben wie Aufstellungen, Flußregulierungen, Kanäle, Brücken und Straßenbauten ist überhaupt kein Geld übrig. Was das Übel noch verschlimmert, ist der aus dem Bedürfnis des Staates nach größeren Einnahmen hervorgegangene Verkauf von Rang und Amt. Jeder erstattet sich den Preis seines Amtes sehr bald mit Zinsezins zurück. Diese Verderbtheit verbreitet sich bis in die fernsten Landbezirke, und unausbleibliche Folge sind die schlimmsten Formen privater Verderbtheit. Wenn hier Wandel geschafft werden soll, so müßte dem eine sittliche Erneuerung vorausgehen. An die ist schwer zu glauben, wenn man sieht, daß selbst für die ins Parlament entsandten Volksvertreter das Geld den Ausschlag gibt. Um sie bei der Partei festzuhalten, muß diese ihnen einen reichlichen Zuschuß zu ihren staatlichen und provinziellen Diäten zahlen. Eine über reichere Mittel verfügende Partei zieht leicht die Schwänke hinüber. So wenig politische Überzeugungsbreite wehnt diesen Parlamentariern inne. Und diese gelten doch für Ausgewählte, die China — reformieren sollen!

Politische Übersicht.

Universität und Staatsregierung in Bayern.

SRK. München, 22. Juli.

Bei der am 16. Juli vorgenommenen Wahl des Rektors der Münchener Universität für das Jahr 1913/14 wurde der bekannte Statistiker Unterstaatssekretär (für Elsaß-Lothringen) a. D. Professor Dr. von Mahr zum Rektor Magnificus gewählt. Damit ist also jene Professorengruppe, die die staatswissenschaftliche Fakultät, weil zu klein, bei der Wahl übergeben wollte, unterlegen. Im Interesse der ungehörten Weiterentwicklung unserer ersten Landesuniversität wäre zu wünschen, daß sich Streitigkeiten wegen der Rektorswürde, wie sie in den letzten Wochen in der ärgerlichsten Form zutage getreten sind — bei der Wahlvorbereitung verstiege sich ein Verfechter der freien Rektorswahl so weit, daß er einen Gegner als „subalternen Kerl“ bezeichnete — nicht mehr wiederholen möchten.

Aber auch von einer anderen Frage, die in der letzten Zeit viel unnötigen Staub aufgewirbelt hat, wäre dies zu wünschen. In der „Frankfurter Zeitung“ erhob ein Münchener Hochschullehrer gegen den derzeitigen Kultusminister von Knilling den Vorwurf, daß der „neue Kurs“ in Bayern eine „Akerifizierung der bayerischen Universitäten“ beabsichtige. Er warf ihm zunächst vor, daß er den Fakultäten eine Reihe von Vorschriften eingeschärft habe, die sie bei ihren Vorschlägen zur Besetzung erledigter Lehrstühle in bezug auf Konfession und Landesangehörigkeit zu beachten hätten. Zum Beweis dessen hält er Herrn von Knilling insbesondere vor, daß er den Fakultäten ein „Formblatt“ überreicht habe, dessen sie sich beim Vorschlag von Kandidaten um erledigte Lehrstühle zu bedienen hätten. Obgleich nun dieses Formblatt eine rein geschäftliche, interne Sache der Unterrichtsverwaltung vorstellt, hat doch Herr von Knilling sofort in durchaus loyaler und entgegenkommender Weise dieses Formblatt nach seinem ganzen Wortlaut in der „Bayer. Staatszeitung“ veröffentlicht lassen. Die Entscheidung beruht sich auf die Grundsätze, die für die Besetzung der Lehrstühle an den bayerischen Hochschulen in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 21. März 1906 vom damaligen Kultusminister von Wehner in Übereinstimmung mit den wiederholten Erklärungen seiner Amtsvorgänger und ohne daß er irgend einen Widerspruch von irgend einer Seite gefunden hätte, aufgestellt wurden, und dahin lauten, daß in erster Reihe die wissenschaftlichen Leistungen und die Lehrbefähigung den Ausschlag zu geben haben, daß aber bei gleicher oder

annähernd gleichen Qualitäten die bayerischen Landesfinder den Vorzug haben sollen. Es heißt dann in der Entschließung weiter, daß es nicht genüge, wenn, wie das in der letzten Zeit wiederholt vorgekommen sei, die Fakultätsgutachten sich auf die Würdigung der von der Fakultät für den betreffenden Lehrstuhl vorgeschlagenen Persönlichkeiten beschränkten, dagegen eine Würdigung der dafür etwa sonst noch in Betracht kommenden Hochschullehrer völlig unterließen. Insbesondere müsse es als ein Mangel des Vorschlags bezeichnet werden, wenn bei dem Vorschlag nichtbayerischer Hochschullehrer die Frage, ob nicht etwa bayerische Hochschullehrer oder sonstige inländische Kandidaten für die zu besetzende Stelle als geeignet in Betracht kommen könnten, gar nicht in den Bereich der Erörterung gezogen werde. Für die Folge sollen nun die Gutachten der Fakultäten in allen Fällen sich darüber verbreiten, ob nicht aus Bayern stammende oder an bayerischen Universitäten tätige Hochschullehrer für die Besetzung der fraglichen Stellen in Betracht kommen, gegebenenfalls aus welchen Gründen sie hinter nichtbayerischen Kandidaten zurückzutreten haben. Die Angaben hierüber sind künftig nach Maßgabe des „Formblattes“ zu machen, das die Fragen enthält: Vor- und Zuname des Kandidaten; geboren, wann, wo; Staatsangehörigkeit; Konfession; Stand der Eltern; Verheiratet oder ledig (ersterenfalls vorehelicher Name und Stand der Ehefrau); besuchte Universitäten; Promotion; Habilitation; wann, wo, worüber; Extraordinarius, Ordinarius; wann, wo; wissenschaftliche Arbeiten.

Um dieses „Formblatt“ geht nun der Streit, hauptsächlich wegen der Frage nach dem vorehelichen Namen und Stand der Ehefrau. In einem Teil der liberalen Presse — wir konstatieren ausdrücklich: nur in einem Teil — sind Ausdrücke wie „Schmüffelfragebogen“, „Unterrocksmotive“, „mangelndes Feingefühl und Achtung vor der Ehre von Mitmenschen und vor allen Dingen Achtung vor der Wissenschaft“ u. a. gefallen. Die Möglichkeit einer Mißdeutung dieser Frage nach Name und Art der Ehefrau ist ja gegeben. Allein bei der Beurteilung des Erlasses darf man nicht außer acht lassen, welcher Art bei Berufungen die immer und immer wieder auftauchenden Vermutungen sind. Gerade weil der Stand, der hier in Frage kommt, ein so hochangesehener ist, ist der vorgelegte Behörde das Recht zugestehen, daß sie sich auch über die Familienverhältnisse des Kandidaten eingehend orientiert. Beispielsweise ist es auch beim Offiziersstand so. Unserer Meinung nach salviert sich der Kultusminister, indem er sich mit dem erwähnten Frageblatt alles Material sichert, und das kann ihm jeder, der vorurteilsfrei an die Beurteilung der Fragebogen herantritt, nur danken. Zu Hoffnungen wie zu Befürchtungen der verschiedenen Parteigruppen dürfte kein Anlaß gegeben sein, vorausgesetzt, daß die Leitung der zu berufenden Lehrkräfte wie bisher — noch zuletzt den Fall Marks) das Leitmotiv bleibt.

Die Spielwut in Berlin.

* Eine halbe Million Mark wurden am Sonntag am Totalisator beim Rennen im Grunewald umgesetzt. Es war ein außerordentlich verregener Sonntag, die vornehme Welt weilt in den Bädern und trotzdem diese halbe Million Mark, zu der man noch bequem eine halbe Million rechnen kann, die bei den Buchmachern umginge. Die Spieler waren ausschließlich kleine Leute. An der Hand zweier herbortragender Kriminalisten habe ich mir diese Spielerschar angesehen. Es zehnten durchschnittlich 6000 Personen, und diese haben also diese halbe Million Umsatz gemacht. Man bedenke, was für sittliche Gefahren es in sich birgt, wenn ein kleiner Angestellter 100 M. am Toto durch die Finger gleiten läßt. Vor Jahresfrist war das Verschwinden zweier bekannter Rechtsanwälte, Michaelis und Brederick, eigenartige Schlaglichter auf das Spiel am Toto. Von 400 Verurteilungen und Unterstellungen, die in der letzten Zeit zur Kenntnis der Behörden kamen, sind 396 auf das Konto „Spiel am Toto“ zu setzen. Ohne Moralprediger zu sein, muß doch die Tatsache konstatiert werden, daß Berlin bis in die Knochen verjezt ist. 46 Zeitungen wurden mit Tips vor dem Rennplatz verkauft. Wenn man von den wenigen politischen Zeitungen absteht, die wegen ihrer guten Tips von den Spielern begehrt werden, so waren die verlaufenden Zeitungen fast ausschließlich Berliner Sportblätter, die mit den neuesten und allerneuesten Winken auf die Spielwut spekulieren und ein anscheinend brillantes Geschäft machen. Etwa 100 Personen stehen vor der Rennbahn und tuscheln geheimnistvoll zu, daß sie einen Sieger hätten, der unendlich lange stünde. Und bald hat diese Sorte von Menschen die Taschen voll von Markstücken, die die Spieler für diesen grandiosen Tipp auslegen müssen. Ganz junge Mädchen und noch jüngere Burlesken drängen sich an den Totalisatorställen, um ihr Geld los zu werden. Und das Leben und Treiben in den 6000 Wettbüros in Berlin wird von Tag zu Tag ärger.

* Vom Kaiser. Aus Valestrand, 22. Juli. Der Kaiser unternahm gestern vormittag einen längeren Spaziergang. Am Nachmittag fand ein Wettrudern statt, um 6 Uhr traf der Feldjäger ein. Heute ist Tee und Tanz an Bord der „Hohenzollern“, woran 132 Personen teilnehmen. An Bord ist alles wohl.

* Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht die folgende Bekanntmachung des Kriegsministers vom 15. Juli: Es wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht, daß Unteroffizieren und Mannschaften der Armee dienstlich verboten ist, innerhalb ihrer eigenen oder einer fremden Truppe oder Behörden, Zivilpersonen oder Handwerksmeister der Truppen und der militärischen Anstalten usw. zur Ausführung des Gewerbetriebes Beihilfe zu leisten, insbesondere durch Vermittlung oder Erleichterung des Abschlusses von Kaufgeschäften, Versicherungsverträgen und dergleichen. Den Unteroffizieren und Mannschaften ist befohlen, von jeder an sie ergehenden Aufforderung den Vorgesetzten Mitteilung zu machen.

* Der gestrige Verhandlungstag des 24. internationalen Bergarbeiterkongresses in Karlsbad war der Besprechung der Arbeitszeit und des Bergarbeiterlohnes gewidmet. Anwesend waren 145 Delegierte, die 1363 000 Bergarbeiter vertraten. Die Delegierten berichteten über die Geseze und Einrichtungen ihrer Länder. Hierauf wurde eine Resolution betreffend den Achtstundentag angenommen, in der verlangt wird, daß an heißen oder nassen Arbeitsplätzen nur 6 Stunden gearbeitet werden darf.

* Eine europäische Konzertreise der deutsch-afrikanischen Astarikapelle wird von einigen Blättern trotz wiederholten Dementis immer wieder angekündigt. Die Kolonialverwaltung legt demgegenüber erneut Wert auf die Feststellung, daß sie im Einvernehmen mit dem Kommando der Schutztruppen für Deutsch-Ostafrika die Genehmigung für eine solche Konzertreise bereits Ende vorigen Jahres verweigert habe.

* Ausland.

Französische Kammer.

Paris, 22. Juli. (Kammer.) Die Kammer beriet heute das vom Senat zurückgegebene Budget. In der allgemeinen Diskussion bestätigte der Sozialist Thomas, daß seine Freunde alle Mittel aufbieten würden, damit die finanzielle Deckung für das neue Militärgesetz in das Budget für 1913 aufgenommen würde. Jaurès fügte hinzu: Die ist unsere einzige Garantie. Finanzminister Dumont versicherte, daß die Regierung stets zur Verfügung der Kammer stehe, um die Deckung nach dem Budget zu besprechen (Lärm auf der äußersten Linken). Ministerpräsident Barthou präzisierte die Haltung der Regierung und erklärte, daß sie eine Vorlage eingebracht habe, die dahingehende die Deckung durch das erworbene Vermögen zu bewirken. Die Vorlage werde zusammen mit den neuen, von der Kommission gemachten Vorschlägen erörtert werden, aber die Regierung habe niemals versprochen, sie vor der Abstimmung über das Budget zu erörtern und niemand habe sich dem widersetzt. Die Kammer werde die Deckung gleich nach der Abstimmung über das Budget besprechen, denn es müsse das 12. Budgetprovisorium beendet werden. (Widerspruch auf der äußersten Linken und einem Teil der Linken.) Der radikale Deputierte Malby rief: Die Haltung der Regierung ist zweideutig. Ministerpräsident Barthou: Meine Worte sind nicht zweideutiger als Ihre Haltung! (Beifall im Zentrum und auf verschiedenen anderen Bänken; Lärm auf der äußersten Linken und bei einem Teil der Linken.) Malby: Mir kann niemand Zweideutigkeit vorwerfen, am wenigsten Sie, der Sie eine Politik der Reaktion treiben. (Beifall auf der äußersten Linken und einem Teil der Linken.) Ministerpräsident Barthou: Ich habe die Republik früher als Sie verteidigt. Malby: Ja, unter dem Minister Méline. Barthou: Mit Ihren Freunden. Damit ist der Zwischenfall erledigt. Thomas warf der Regierung vor, sie löse die Schwierigkeiten im Budget nicht. Finanzminister Dumont antwortete, die Lage des Schaks sei günstig. Thomas erklärte, die Regierung zwingt das Land zu einem Defizit durch ihre Politik der kolonialen Ausdehnung und durch ihre hochmütige Politik in Europa. Er schlage vor, die neuen Ausgaben dadurch zu decken, daß man in das Finanzgesetz eine gestaffelte Einkommensteuer einfüge. Der Finanzminister erklärte, daß die Einrichtung nicht vor dem Jahre 1915 Geltung erlangen würde. Man müsse darum zuerst über das Budget 1913 abstimmen, und das Gleichgewicht für das Budget 1914 vorbereiten. Die Regierung werde das Budget für 1914 sofort nach der Abstimmung über das für 1913 einbringen. Der Sozialist Bedouwe widersprach. Der Budgetberichterstatter versprach, daß das Budget in 2 bis 3 Tagen vorgelegt werden würde. Damit war die allgemeine Aussprache beendet. Das Budget wurde mit Ausnahme der auf die Liquidation der Kongregationen bezüglichen Kapitel, die auf Verlangen von Jaurès zurückgestellt wurden, angenommen.

Paris, 22. Juli. Die Deputiertenkammer hat das Budget des Ministeriums des Innern, in dem die Einziehung der Unterpräpekturen für die Zukunft vorgesehen ist, mit 266 gegen 255 Stimmen angenommen. Ferner hat die Kammer die Budgets des Kriegs-, des Marine- und des Unterrichtsministeriums, sowie das des Arbeitsministeriums und das der öffentlichen Arbeiten angenommen. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Paris, 22. Juli. Die Kammer bewilligte einen Kredit für die Teilnahme Frankreichs an der Budgewerbaustellung in Leipzig im Jahre 1914.

Paris, 22. Juli. In Voraussetzung einer verzögerten Annahme des neuen Wehrgesetzes im Senat versuchten die Regierungsvertreter die Bedenken einiger einflussreicher Senatoren gegen Mängel des Gesetzes zu zerstreuen. Trotzdem herrscht im Senat oppositionelle Stimmung. Der frühere Ministerpräsident Clemenceau, dessen Einfluß im Senat sehr groß ist, schreibt in seinem Blatt „L'homme libre“: „Die Regierung täuscht sich, wenn sie glaubt, daß mit der Erhöhung der Effektivbestände alles erledigt sei. Wir geben ihr Rekruten, sie ist uns ausgebildete Soldaten schuldig. Es ist nun notwendig, um es frei herauszusagen, daß die bisherigen Leiter des Kriegsministeriums tief unter den an sie gestellten Anforderungen stehen. Der Moment, den ganzen Bau umzustürzen und neu aufzubauen, ist gekommen. Ein großer Teil unseres Kriegsmaterials befindet sich in einem so kläglichen Zustande, daß wir

einem deutschen Angriff kaum Widerstand leisten können. Unsere Schwäche ist mit der von 1870 vergleichbar. Seit den Tagen von Algier hat sich nichts geändert. Die Axiatik befindet sich in vollem Wirrwarr. Alledem muß ein Ende gemacht werden."

London, 22. Juli. Das Oberhaus hat das Gesetz über die Trennung von Kirche und Staat in Wales mit 248 gegen 48 Stimmen zum zweitenmal abgelehnt.

Grossherzogtum Baden.

Karlsruhe, 23. Juli.

Badische Vorschläge zum Völkerschlachtdenkmal bei Leipzig.

* Am 18. Oktober dieses Jahres wird zur Jahrhundertfeier bei Leipzig das großartige und weithinragende Völkerschlachtdenkmal eingeweiht. Dabei ist es vielleicht nicht ohne Interesse zu erfahren, daß schon im Jahre 1814 bei der ersten Wiederkehr des großen nationalen Gedenktages auch in Baden verschiedene Vorschläge zu einem auf dem Schlachtfelde zu erbauenden Denkmal gemacht worden sind.

Ein solcher Plan rührte z. B. vom damaligen Großh. Oberbaurichter Weinbrenner her. Als am 18. Oktober 1814 auch in allen Gegenden Badens begeisterte Gedenktage veranstaltet wurden, da fertigte Weinbrenner für die Karlsruher Feier einen eigenartigen, sinnigen Entwurf an. Bei dem Mangel an Berg und Hügel auf der Gemarkung der Residenz wurde wenigstens der nach seiner Lage tauglichste hohe Platz in derselben auf dem Felde vor dem damaligen „Promenadewaldchen“ dazu erwählt. Am Abend des Festtages strahlte hier über einer beleuchteten Halbkugel, auf welcher sich die Inschrift „Germania — 18. Oktober“ in funkelndem Glanze erhob, ein kolossales Kreuz im schönsten Brillantfeuer. In einiger Entfernung befand sich ein Opferaltar. Rechts und links, verbunden mit dem ganzen durch eine hundert Fuß lange Balustrade, waren zwei grün dekorierte Hüften angebracht, auf denen die Inschriften „Liebe“ und „Gerechtigkeit“ sich zeigten. Von diesen beiden Enden wurde ein großer Halbkreis mit Fackeln gezogen, der den inneren Kreis umschloß. Diese ganze Anlage, die nach einer Handzeichnung Weinbrenners ausgeführt worden war, hatte sich Weinbrenner als „Nationalmonument auf dem Leipziger Schlachtfeld in halber Größe“ gedacht, wie die „Großh. Badische Staatszeitung“ vom 27. Oktober 1814 ihren Lesern mitteilte. Dabei wurde dort noch allgemein der Wunsch ausgesprochen, daß die Ausführung dieses großen und geschmackvollen Meisterwerkes keine Schwierigkeiten finden möge.

Einen andern Vorschlag zu einem Denkmal bei Leipzig machte im Oktober 1814 ein ungenannter Einsender in der „Badischen Staatszeitung“. Dieser meinte, „wenn man auf einem Schlachtfelde ein Siegeszeichen errichten wolle, so erhalte dies schon durch den Platz, welchen es einnehmen soll, seine volle Bedeutung, so daß es keiner Bilder und Zierraten bedürfe, also überhaupt nichts als einer kunstlosen Einfachheit. Nichts aber sei einfacher und bescheidener, als wenn auf jenem Hügel, wo die drei siegreichen Monarchen vor dem Allmächtigen niederknieten und beteten, wenn dort drei Eichen in einem gleichseitigen Dreieck eingepflanzt würden. An hohe, mächtige Bäume beste das Volk die Bilder seiner Erinnerung an liebsten und längsten. So pflanze man denn drei Eichen“, so schließt der Einsender, „die Bundes- oder Siegeszeichen, wenn man nicht lieber dem Volke die Wahl der Benennung überlassen will, zur Bezeichnung der Wahlstatt des Heils“.

Endlich war auch von Mannheim aus noch ein anderer Plan angeregt worden. Der damalige Präzeptor M. F. Kappler am Mannheimer Lyceum machte den Vorschlag („Anzeigebblatt für den Neckar-, Main- und Tauberkreis“ 1814 Nr. 85), man solle die im Oberrhein gefundene Niesensäule nach dem Schlachtfeld von Leipzig bringen und dort als Denkmal aufstellen.

Diese badischen Pläne zu einem Völkerschlachtdenkmal sind zwar von dem jetzt bei Leipzig errichteten „Sieges- und Erinnerungszeichen“ grundverschieden; aber niemand wird leugnen, daß sie alle drei etwas äußerst Sympathisches an sich haben. Prof. Dr. Karl Hofmann.

Heidelberg Brief.

S. Heidelberg, 22. Juli.

Der Liebesroman zwischen Karl Heinz und Käthi im Schauspiel „Alt Heidelberg“ ist jetzt von der Wirklichkeit übertrumpft worden. Königsprinz und Bürgerstochterlein haben sich nicht nur verliebt, sondern auch verlobt und gedenken schon in nächster Zeit in den Ehestand zu treten. Wenn Prinz Rangsit auch nur ein erotischer Prinz ist, so ist er doch immerhin der Sohn des verstorbenen Königs Schulalongkorn von Siam und ein jüngerer Bruder des jetzt regierenden Landesfürsten. Der Prinz hat eine völlig deutsche Erziehung genossen, besuchte in Halberstadt das Gymnasium und weilte neun Jahre lang in Heidelberg, wo er als Student schließlich das älteste Semester geworden war. Ein bescheidener, gegen jedermann liebenswürdiger, schlüchter Mann, von hoher Begabung und idealer Lebensauffassung, von regem Interesse für alles Deutsche erfüllt, erfreute sich der Prinz in Heidelberg allseitiger Beliebtheit, und ungenug sah man ihn im Frühjahr von hier scheiden. Bei seiner Rückkehr am Bangkok Hof erbat er sich von

seinem regierenden Bruder Heiratskonfens, und am letzten Samstag ist von Heidelberg seine Braut, Fräulein Elisabeth Scharnberger nach Siam abgereist, um als künftige Schwägerin des Königs der tausend Sonnenschirme im Lande des weißen Elefanten eine neue Heimat zu finden. Da Prinz Rangsit die deutsche Sprache fast wie seine Muttersprache betrachtet und sogar in die Geheimnisse des „Heidelberger Pfälzdeutsch“ eingedrungen ist, wird die „Prinzessin Elisabeth von Siam“ an seiner Seite die alte Heimat nicht zu sehr vermissen, zumal Prinz Rangsit dem Schreiber dieser Zeilen bei seinem Abschied persönlich erklärte, daß er Heidelberg später wieder zu besuchen gedenke.

Der eine Prinz geht und der andere kommt. Wiederum bezeichnete ein Berliner Blatt das Gerücht, daß Prinz Albert von England, der zweite Sohn des Königs Georg, im kommenden Wintersemester die Heidelberger Alma mater beziehen werde. Freilich ist an der hiesigen Universität bisher offiziell noch nichts bekannt, doch wäre die Sache durchaus nicht verwunderlich, da das englische Königshaus seit alter Zeit besondere Beziehungen zu Heidelberg gehabt hat. Der verstorbenen Königin Eduard lernte bekanntlich in Heidelberg seine Gemahlin kennen und verlobte sich hier mit ihr, seine Söhne Prinz Albert und Prinz Georg (der jetzige König) sind 1884 und 1892 in Heidelberg Studenten gewesen. Daß Heidelberg überhaupt zahlreiche Beziehungen zu England hat, zeigten wieder die kürzlich veranstalteten historischen Schloßfeste (über welche die „Karlsruher Zeitung“ ausführlich berichtet hat). Einen Tag vor Beginn der Feste starb der Protektor des englischen Festkomitees, Herzog von Sutherland, der das Ehrenbürgerrecht der Stadt Heidelberg befaß.

Einen neuen Ehrenbürger besitzt nun unsere Stadt seit diesem Sonntag, an welchem der Medizinalrat Dr. Karl Mittermaier seinen 90. Geburtstag feierte und aus Anlaß die höchste Auszeichnung der Stadt Heidelberg erhielt, während ihm vom Großherzog der Geheimratstitel verliehen wurde. Mittermaier, ein Sohn des berühmten Rechtslehrers und Präsidenten des Frankfurter Vorparlaments, gehört seit 40 Jahren ununterbrochen der Heidelberger Stadtverwaltung, anfänglich als Stadtrat und später als Stadtverordneter, an, und fand neben seiner ausgedehnten Praxis auch noch Zeit, sich zahlreichen gemeinnützigen Bestrebungen auf dem Gebiete der Hygiene, der Bekämpfung der Tuberkulose usw. zu widmen. Er dürfte nicht nur der Senior der süddeutschen Ärzteschaft sein, sondern ist auch der Nestor unseres Bürgerausschusses.

Der Bürgerausschuß, dessen Sitzungen Mittermaier fast niemals veräumt, sollte am nächsten Donnerstag mit der wichtigen Frage der Umgestaltung des Bahnhofsgeländes beschäftigen, das nach Fertigstellung des neuen Bahnhofs frei werden wird. Die Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen hatte sich mit den von hervorragenden Sachverständigen geprüften Bauentwürfen der Stadt einverstanden erklärt und erklärte sich bereit, von dem Bahnhofsgelände 40 Proz. für Straßenzwecke kostenlos zur Verfügung zu stellen. Die nunmehr bekannt gewordenen Pläne riefen aber in der Bürgerschaft lebhaften Widerspruch hervor, und es fanden eine Reihe öffentlicher Versammlungen statt, in denen betont wurde, daß die Generaldirektion ihren Vorteil zu ungunsten der Stadt wahrgenommen habe und bei der Überlassung von freiem Gelände entgegenkommender hätte sein müssen. Auch wurde der Wunsch geäußert, die Stadt möge ein Preisanschreiben an die deutschen Architekten erlassen, um eine möglichst künstlerische Lösung für die künftige Einfahrtsstraße zu finden. Zur Prüfung der erhobenen Einwände hat jetzt der Stadtrat die Bahnhofsvorlage, die auf Jahrhunderte hinaus für die bauliche Gestaltung in der Weststadt von Bedeutung sein wird, zurückgezogen.

Aus der Residenz.

* Dem Maler Hermann Kupferschmid, der vor kurzem vom Verband der Kunstfreunde in den Ländern am Rhein mit einem Preis ausgezeichnet wurde, wurde für Radierungen, die er zur 7. Ausstellung des Kunstvereins für Kärnten in Klagenfurt eingekauft hatte, die silberne Staatsmedaille verliehen.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Der neue Balkanrieg.

Konstantinopel, 23. Juli. Zu der Frage des neuen Protokolls, über das gegenwärtig zwischen der Türkei, Serbien und Griechenland verhandelt wird, wird von ausländischer türkischer Seite erklärt, das Dokument, über dessen Benennung noch nicht entschieden ist, werde hauptsächlich die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen festsetzen und die Wiederherstellung des Friedens in sich schließen, ohne andere Einzelheiten zu enthalten, die später geregelt werden sollen. Der Londoner Präliminarfriedensvertrag werde, ohne im Prinzip aufgegeben zu werden, infolge der durch die Besetzung Adrianopels geschaffenen Lage und unter den in der letzten türkischen Zirkularnote entwickelten Gesichtspunkten als nicht bestehend angesehen. Die Unterhandlungen mit dem serbischen Delegierten Pawlowitsch stehen nahe vor dem Abschluß.

Sofia, 23. Juli. (Agence Bulgare). Vor den zahlreichen regulären türkischen Truppen, die am Montagabend vor Adrianopel erschienen, war die kleine bulgarische Garnison, die sich in der Stadt befand, genötigt, sich zurückzuziehen, ohne Widerstand zu leisten. Am

Dienstag früh besetzten die Türken die Stadt und begingen fürchterliche Grausamkeiten. Der Bevölkerung bemächtigte sich eine Panik. Demselben Schicksal, wie Adrianopel verfiel Kirklisse, dessen schwache bulgarische Garnison sich gleichfalls zurückzog. Auch dort wurden die Einwohner niedergemetzelt.

Belgrad, 23. Juli. Die serbischen Truppen zogen nach erbittertem Kampfe bei St. Nikola gegen die bulgarischen Truppen, die die Stadt Anazewatsch und die Dörfer am Timof ausplünderten, siegreich in Belgradschit, einer von Serben bewohnten Stadt in Bulgarien, ein, wo sie von der Bevölkerung begeistert begrüßt wurden. Gleichzeitig zogen serbische Truppen aus Jajetschar in die Stadt ein. Die serbischen Truppen erbeuteten 32 Geschütze, 17 Munitionswagen, 3000 Gewehre, ein Maschinengewehr, ein Feldhospital und eine große Anzahl Lebensmittel.

Sofia, 23. Juli. (Agence Bulgare). In seiner Antwort auf die Depesche des Ministers Chenadiev erklärte Ministerpräsident Majorescu u. a., die rumänische Regierung sei bereit, ihren militärischen Vertreter zu Besprechungen zu ernennen, die in einer gemeinsamen von Bulgarien, Serbien und Griechenland zu bestimmenden Ortlichkeit stattfinden hätten. Für die Beratungen über den Abschluß der Friedenspräliminarien und des Friedens selbst halte die rumänische Regierung Bulgarien für den geeigneten Ort. Die bulgarische Regierung hat ihre Vertreter bei den Mächten beauftragt, gegen die türkischen Grausamkeiten in Adrianopel und Kirklisse zu protestieren.

Paris, 23. Juli. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, hat sich der Finanzausschuß des Senats entschlossen, die von der Kammer bei Beratung des Gesetzes über die dreijährige Dienstzeit bewilligte Unterstützung für Familienernährer stark zu vermindern, da diese Unterstützungen eine jährliche Ausgabe von mindestens 100 Millionen verursachen würden.

Verschiedenes.

Luftschiffahrt.

Jansbrunn, 23. Juli. Der Luftballon „Graf Zeppelin“, der vorgestern unter der Führung des Leutnants Macher und mit dem Professor Mittel sowie zwei Fabrikanten an Bord aufgestiegen war, ist nach Überquerung der gesamten Zentralalpen bei Roggio unweit von Udine auf italienischem Boden gelandet. Die vier Balloninflationen, von denen Leutnant Macher in Uniform war, wurden von den Behörden festgenommen und nach Udine verbracht.

Baden, 22. Juli. Heute mittags um 12 Uhr ereignete sich auf der Zeche „Carolus Magnus“ in Ibach bei Seilenkirchen ein schweres Grubenunglück. Die neuen Schachtanlagen des Steinlohlenbergwerks stürzten ein. 1 Steiger und 14 Bergleute wurden verschüttet, 1 Bergmann konnte sich retten. Die Verschütteten dürften sämtlich verloren sein, da etwa 40 Meter Erde eingestürzt sind. Die Rettungsarbeiten wurden unverzüglich aufgenommen. Die Grubenverwaltung glaubt, daß der Einsturz eine Folge eines Wollenbruchs ist, der vor kurzer Zeit dort niederging und dessen Wassermassen große Löcher in den Schacht gerissen haben.

Newyork, 23. Juli. A. Carnegie hat eine Hülsmaschine angeschafft erhalten. Die Polizei verbot die Bombe zur Entladung zu bringen, als dies nicht gelang, wurde sie auf einen Schlepplaster verbracht und draußen im Meer versenkt. Der oder die Absender sind bis jetzt unbekannt.

Wetterbericht des Zentralbureaus für Meteorologie und Hydr. vom 23. Juli 1913.

Das gestern über den Niederlanden gelegene Tief hat sich zu einem Hauptminimum ausgewachsen. Der hohe Druck ist noch mehr nach dem Nordwesten verdrängt worden. Im weitem Umkreis herrscht trübes, windiges Wetter mit Regenfällen, dabei ist es für die Jahreszeit empfindlich kühl; nur in Ostdeutschland ist bessere Bitterung eingetreten. Im Nordosten Europas, vor allem in Finnland dauert das hochsommerlich warme Wetter an. Die Depression wird wohl ihre rückläufige Bewegung noch etwas fortsetzen; es ist daher Fortdauer der sehr kühlen Bitterung mit Regenfällen zu erwarten. Eine Umgestaltung der Druckverteilung scheint sich übrigens langsam vorzubereiten.

Wetternachrichten aus dem Süden

vom 23. Juli, früh:

Lugano wolfig 16 Grad, Biarritz wolfig 18 Grad, Perpignan Gewitter 24 Grad, Triest bedeckt 17 Grad, Florenz bedeckt 20 Grad, Rom wolfig 21 Grad.

Witterungsbeobachtungen der Meteorolog. Station Karlsruhe.

Juli	Barom. mm	Therm. in C.	Rel. Feucht. in mm	Feuchtigkeit seit in mm	Wind	Himmel
22. Nachts 9 ^h 11.	749.2	14.0	11.1	94	W	bedeckt
23. Morgs. 7 ^h 11.	747.8	12.6	9.3	87	W	W
23. Mittags. 2 ^h 11.	746.2	12.9	9.8	89	W	Regen

Höchste Temperatur am 22. Juli: 17.8; niedrigste in der darauffolgenden Nacht: 12.0.
Niederschlagsmenge, gemessen am 23. Juli, 7^h früh: 4.5 mm.

Wasserstand des Rheins am 23. Juli, früh: Schutterinsel 3.13 m, gefallen 7 cm; Rehl 3.85 m, gefallen 13 cm; Mayau 5.79 m, gestiegen 11 cm; Mannheim 5.09 m, gestiegen 25 cm.

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur C. Amend in Karlsruhe.
Druck und Verlag: G. Braunsche Hofbuchdruckerei in Karlsruhe.

Bioson für Nervöse!

Beachten Sie stets die neuesten Angebote im Anzeigenteil und berufen Sie sich bitte bei Einkäufen darauf.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, unseren lieben Bruder, Schwager und Onkel

Herrn Eberhard Mütsch

Großh. Bad. Regierungsrat a. D.
Ritter hoher Orden

nach langem, schweren Leiden im 69. Lebensjahre heute in ein besseres Jenseits abzurufen.

München, den 22. Juli 1913.

Thierschpl. 1

Im Namen der tieftrauernden Hinterbliebenen:

Anna Mütsch.

Die Beerdigung findet am Donnerstag den 24. Juli, um 4 Uhr, im Waldfriedhof, der Trauergottesdienst Freitag den 25. Juli, um 10 Uhr vormittags, in der St. Anna-Pfarrkirche statt. F.189

Adolf Sexauer

2 Friedrichsplatz 2 F.181

Schluß des Ausverkaufs

Samstag, 2. August.

am Zürichsee.
Altendorf Hotel und Pension Johannesburg
Perle am Zürichsee. Telefon Lachen 40.
20 Minuten von Bahnstation Lachen. Prachtvoller Fernblick auf Alpen u. See. Rentabler Ausflugsplatz für Vereine u. Schulen. Ruhiger u. angenehmer Aufenthalt für Erholungsbedürftige. Prima Küche u. Keller. Hiesige u. fremde Biere. Pension von Fr. 4.50 an.

im Isartal
Ebenhausen Gasthof zur Post
Altrenommiertes Haus. Angenehm. Sommeraufenthalt. Waldreiche Gegend. Herrliche Aussicht auf das Gebirge. **Georg Holzeder.** F.82

Zugerberg (am Zugersee) Schweiz
Guggithal Schönster Sommer- u. Herbstaufenthalt
Pensionspreis von Franks 6.— an. B.118

Badehotel Dheil-Schmidt. C. A.
bevorz. Lage, größt. Park. Mod. einger. Anerk. gut. Küche. Elek. Licht. Zentr. Mäßige Preise. E.635
Kreuznach Radium-Solbad

am See, 3 Min. v. Bahn u. Schiff, Rathauskai. Altrenommiert. Haus II. Rg. Restaurant. Terrasse. Prachtvolle Aussicht. Zimm. v. 2 Fr. an. Maß. Preise. **A. Moser.**

Luzern Pension Schloß Wilhelmshöhe
Best eingerichtet. Familienhaus, in erhöhter Lage mit herrlicher Aussicht auf Luzern, See und Alpen. Eig. Tannenwald. Volle Pension mit Zimmer u. 3 Mahlzeiten zu Frs. 6 pro Tag. 10 Min. vom Hauptbahnhof. Illustr. Prospekte durch die Bes. Frau **Hurter-Wangler.** E.975

bei Doberan i. Meckl. **Pension Buchwald.** Direkt am Walde. Anerkannt gute Küche. Maß. Preise.

a. Wallensee. 682 m ü. M. **Hotel und Pension Hirschen.** Gut bürgerl. u. best empf. Pass.-u. Fam.-Hotel. El. Licht, Ja. Küche u. Keller, prachtv. Terrass., 80 Bett., Badez., Billard. Pension v. 5 Fr. an. **W. Byland-Menzi.** F.90

Neu eröffnet
Waldenburg Kurhaus Schanz
Basler Jura. 600 m ü. Meer. Moderner, komfortabel eingerichteter Neubau. Prachtvolle u. staubfreie Lage (wo bis 1375 ein römisches Schloß stand). Bäder. Elektr. Licht. Zentralheizg. Freundl. Zimm. Balkons, Terrassen und Loggia. Nahe Waldg. Eig. Molkerei. Vorzögl. Küche. Pension von Franks 4.50 an. Prospekte gratis. **Familie Tchudin-Ritter.** F.47

b. Solothurn. 1300 m ü. M. Idealer Luftkurort in freier Höhenlage. Ausg. Alpenpanoram. (s. Baedeker) Hotel 100 Betten m. all. Komf. Elektr. Licht. Zentr.-Heiz. Appt. m. Bad u. W.C. Post u. Telgr. 60 km Waldfußwege. Pens. 8.—11 Fr. Illustrierter Prospekt. E.551 **K. Jlli.**

Wiggen Hotel-Pension Rössli
an der Linie Luzern-Bern. Staubfreie Lage. Schöner Familienaufenthalt. Pension von Frs. 4.50. Prospekt durch den Besitzer **J. Küng.** (Nähere Ausk. erteilt gerne Oberlehrer Roos, Karlsruhe, Kriegerstr. 176 II.)

Realanstalt am Donnersberg bei Warrheim in der Pfalz.

Schuljahresbeginn am 16. September. Eintritt in die Realschule und in das Jugendheim vom vollendeten 9. Lebensjahre ab. Vorbereitung zu den praktischen Berufsarten, zum Eintritt in die 7. Klasse (Obersekunda) einer Oberrealschule und damit zu allen staatlichen Berufszielen.
Die Reifezeugnisse der Anstalt berechtigen zugleich zum einjährig-freiwilligen Militärdienst. Näheres im Jahresbericht und Prospekt durch die Direktion: F.191
Dr. G. Göbel. Dr. G. Göbel.

Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarkung Karlsruhe, Gb.-Nr. 5940: 3 a 2 qm mit Gebäuden, Voßstraße 29.
Eigentümer: Kaufmann Hans Müller in Karlsruhe.
Schätzung: 65 000 M.
Versteigerungstermin: Freitag den 1. August 1913, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude, Adlerstraße 25.
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat, Karlsruhe, den 9. Juni 1913. M.8122
Großh. Notariat VIII als Vollstreckungsgericht.



Residenz-Theater
Waldstr. 30

Programm
für Mittwoch den 23. bis inkl. Freitag den 25. Juli 1913
Die **taptere Farmersfrau**
Spannendes Drama.
Unangenehme Verwechslung
Köstliche Komödie.
Stonesone. Herrl. Naturaufn.

Um den vielfach geäußerten Wünschen zu entsprechen, haben wir uns entschlossen, den begehrten Film:

COLLETTI?
Wer ist COLLETTI?
Was ist COLLETTI?

Eine lustige Kino-Posse in 5 Akten von **Franz v. Schönthan**; in den Hauptrollen: **Hans Junkermann** vom Trianon-Theater in Berlin und **Magda Lessing** vom Metropol-Theater in Berlin auch noch in diesem Spielplan zu prolongieren. F.193

Preuß.-süddeutsche Klassenlotterie.

Listen I. Klasse sind da, ebenso Erneuerungslose II. Klasse, die ich planmäßig zur Verfügung halte:
Kauflose 1/8 1/4 1/2 1/1
Rat 10.— 20.— 40.— 80.—
sind noch zu haben bei
Ludwig Götz,
Großh. bad. Lotteriereinnehmer, Sebelstraße 11 beim Rathaus.

Gommertheater

Dir.: Fr. Grünwald.

Mittwoch, den 23. Juli
F.178 abends 8.15 Uhr:

„Puppchen“

Donnerstag, den 24. Juli
„Filmzauber“

Frühkartoffeln!

„Kaiserkrone“
besonders zart und mehlig, pro Zentner (inkl. Sack) Markt 5.25 empfiehlt
Dr. Conrad, Bergabern (Pfalz).

N.471. Mannheim. Über das Vermögen des **Karl Kupor**, Schriftsetzer, Inhaber der Firma **Schilderfabrik Kupor & Co.** in Mannheim, Dalbergstraße 4, wurde heute nachmittags 5 1/2 Uhr das Konkursverfahren eröffnet.

Zum Konkursverwalter wurde ernannt: Rechtsanwalt **Weinberg** in Mannheim.

Konkursforderungen sind bis zum 16. August 1913 bei dem Gerichte anzumelden.

Zugleich wurde zur Beschlußfassung über die Wahl eines definitiven Verwalters, über die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintrittendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Donnerstag, 28. Aug. 1913, vormittags 11 Uhr,**

sowie zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag, 28. Aug. 1913, vormittags 11 Uhr,**

vor dem Großh. Amtsgerichte, Abt. 3, 1. 2. Stock, Zimmer Nr. 114, Termin anberaumt.

Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache in Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgefordert, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgeforderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 16. August 1913 Anzeige zu machen.

Mannheim, 21. Juli 1913.
Gerichtsschreiber **Gr. Amtsgerichts Abt. 3. 1.**

Verschiedene Bekanntmachungen. 1 Ranzeleihilfenstelle

mit üblicher Jahresvergütung auf 6. August zu besetzen. Bewerber aus der Zahl der Anwärter für den mittleren Beamtendienst (Aktuar oder Inspektoren) wollen sich sofort melden. N.476
Großh. Bezirksamt Pforzheim.

Lieferung von Langsamfahr- und Galtstischen nach Finanzministerialverordnung vom 3. Januar 1907 öffentlich zu vergeben. Angebote — Vorbrude hierzu mit Bedingungen und Zeichnungen auf postfreie Anfrage von uns, Friedrichsplatz 13, Zimmer Nr. 61, erhältlich — sind spätestens **Mittwoch den 13. August 1913, vormittags 10 Uhr,** verschlossen und postfrei, bei uns einzureichen. Zuschlagsfrist 10 Tage. N.466.21
Karlsruhe, Juli 1913.

Oberbau- u. Stellwerkbureau der Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Elf.-Bad. Tarif.
Ab 1. August werden die badischen Stationen Heilbrunn, Heilbrunn und Heilbrunn sowie die elsässische Station Mülheim (Els.) neu in den Tarif aufgenommen und die Entfernungen der Station Engen ergänzt. Näheres in unserem Tarifangeiger. N.458
Karlsruhe, 21. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen.

Badischer Gütertarif.
Mit Wirkung vom 1. November 1913 werden die in der Stationstafel des Ausnahmetarifs 10a enthaltenen Stationsfrachttarife für Röhrenzeugnisse von den Rheinmühlenschlagplätzen Karlsruhe, Dafen, Hehl, Mannheim, Mannheim Industriehafen u. Rheinmühlenschlagplätzen nach Konstanz, Schaffhausen, Singen u. Waldshut aufgehoben. An deren Stelle gelten alsdann die Frachttarife der Kilometer-tarifabelle des Ausnahmetarifs, welche um je 2 Pf. höher sind. Näheres in unserem Tarifangeiger. N.459
Karlsruhe, 19. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Beförderung leerer Milchkannen.

Mit Wirkung vom 1. Oktober 1913 werden die Bestimmungen der Ziffer II u. III des § 4 der Bedingungen

für die Beförderung von Milch dahin geändert, daß den nach Stationen der Königl. Preussischen und Großh. Hessischen Staatseisenbahnen (einschließlich Großh. Hessischen Nebenbahnen, den Stationen der Königl. Bayerischen Staatseisenbahnen (Pfälzisches Netz) sowie den Stationen der Süddeutschen Eisenbahn-Gesellschaft (Hessische Linien) von Stationen der bad. Staatseisenbahnen leer zurückgehenden Milchgefäßen von den Aufgebern auszufertigende Verbandscheine beigegeben sind. N.467
Karlsruhe, 21. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Badisch-u. Mannheim-bayer. Verkehr.

Auf 16. Juli I. Z. ist das Warenverzeichnis zum Ausnahmetarif 2 (Rohstofftarif) durch Aufnahme von „Farberden des Spezialtarifs III“ erweitert worden. N.468
Karlsruhe, 21. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Anhang zu den badisch. Gütertarifen.

Auf 1. August I. Z. wird der Wortlaut der Ziffer 1 des Vorworts zum Tarif Nr. 300 geändert. N.469

Näheres in unserem Tarifangeiger. N.468
Karlsruhe, 21. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.

Personentarif Baden-Heidsbahn.

Der Eisenbahn-Personen- und Gepäcktarif, Teil II, für die Beförderung von Personen, Reisegepäck, Hund und Leiden zwischen Stationen der Großh. Badischen Staatseisenbahnen, den badischen Stationen der Main-Neckarbahn und Stationen der Badischen Nebenbahnen (im Privatbetrieb) einerseits und Stationen der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen sowie der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen andererseits wird mit Gültigkeit vom 1. Oktober 1913 neu herausgegeben. Durch diesen Tarif und die dazu gehörigen Preisstafeln — Teil II, Seite B und C — werden aufgehoben:

a) Tarif Teil II für die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Leiden zwischen Stationen der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen und der Wilhelm-Luxemburg-Eisenbahnen andererseits, vom 1. Mai 1907, nebst Nachträgen I bis X.
b) Tarif, Teil II für die Beförderung von Personen, Reisegepäck und Hund in Begleitung von Reisenden zwischen Stationen der Reichseisenbahnen in Elsaß-Lothringen einerseits u. Stationen der badischen Lokalbahnen andererseits, vom 1. Mai 1907, nebst Nachtrag I.
c) Abschnitt V, 3 des Saarbrücken-Mainz-Neckarbahnen-Badischen Personen- und Gepäcktarfs vom 1. November 1912. (Preisstafeln, Seite 75 bis 95.)

Der neue Tarif sieht folgende Änderungen u. Neuerungen vor:

1. An Stelle der allgemeinen Zeitarten werden Monatskarten, gültig für den Kalendermonat, ausgegeben.

2. Schülerzeitarten für täglich einmalige Hin- und Rückfahrt sind aufgehoben.

3. Badische Zeitarten und Badischer Fahrkarten zum Besuch der Rheinbäder bei Rest kommen in Wegfall.

4. Neueingeführt sind Schülerkarten zu 20 Fahrten und 5. Arbeiterfahrkarten.

Infolge Einbeziehung von Wahlwegen, Neuvermessung von Strecken usw. erhöhen sich die Fahrpreise in einzelnen Verkehrsbeziehungen. N.475

Nähere Auskunft erteilt unser Verkehrs-Bureau. N.475
Karlsruhe, 22. Juli 1913.
Großh. Generaldirektion der Staatseisenbahnen.